
Presseinformation

Mainz, den 17. Juni 2013
Nr. 17, 2013

Verband Deutscher
Verkehrsunternehmen e. V.
Lars Wagner
Pressesprecher
T 030 399932-14
wagner@vdv.de

VDV formuliert Erwartungen an die neue Bundesregierung

Drei Monate vor der Bundestagswahl formuliert der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) seine Erwartungen an die neue Bundesregierung: „Auf den ÖPNV und den Schienenverkehr in Deutschland kommen in den nächsten Jahren, zum Teil durch politische Beschlüsse, milliardenschwere Vorhaben zu. Die neue Bundesregierung muss daher vor allem bei den offenen Finanzierungsfragen noch in diesem Jahr verlässliche Lösungen finden. Die Unternehmen haben in den letzten Jahren durch eine stetige Steigerung ihres Kostendeckungsgrades die öffentlichen Haushalte entlastet. Wir brauchen aber auch weiterhin eine auskömmliche Mitfinanzierung durch den Bund, vor allem bei der Sanierung und Instandsetzung unserer Infrastruktur“, so VDV-Präsident Jürgen Fenske.

Bis zum Jahr 2022 soll der ÖPNV laut Personenbeförderungsgesetz (PBefG) komplett barrierefrei ausgebaut werden, dazu fällt der Lärmbonus für den Schienenverkehr weg, und auch bei der Energiewende soll der Nahverkehr seinen Beitrag leisten. „Es gibt viel zu tun, sowohl für uns als Branche als auch für die neue Bundesregierung. Allein der barrierefreie Ausbau bis 2022 kostet mehrere Milliarden Euro. Das geht nicht ohne ausreichende und langfristig gesicherte Bundesmittel“, erklärt Fenske. Zudem müsse sich die neue Bundesregierung dringend in Europa für den uneingeschränkten Erhalt der EU-Verordnung 1370 einsetzen, denn „was uns da an Plänen und Ideen der EU-Kommission unterkommt, ist abenteuerlich. Nach jahrelanger Rechtsunsicherheit haben wir seit Anfang dieses Jahres durch das novellierte PBefG endlich wieder Klarheit bezüglich der Wettbewerbsfragen im ÖPNV. Und jetzt will die Kommission das Rad wieder zurückdrehen, das kann nicht sein“, macht Fenske deutlich.

Zukunft der Entflechtungsmittel und des GVFG zügig regeln

Akuten Handlungsbedarf noch in diesem Jahr sieht der VDV bei den 1,33 Milliarden Euro Entflechtungsmitteln, die der Bund jährlich an die Länder zahlt, um kommunale Verkehrsinfrastrukturprojekte zu fördern. „Das Entflechtungsgesetz läuft Ende dieses Jahres aus, die Bundesregierung plant bisher lediglich eine Verlängerung um ein Jahr, alles nach 2015 ist völlig unklar. Diese Situation hängt wie ein Damoklesschwert über unserer Branche, denn die Entflechtungsmittel sind ein seit Jahrzehnten bewährtes und etabliertes Finanzierungsinstrument des kommunalen Nahverkehrs“, so Fenske. Fast ebenso wichtig und auch noch unklar ist die Zukunft des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG), das Ende 2019 ausläuft. „Auch hier ist eine Anschlussregelung aus unserer Sicht noch in diesem Jahr erforderlich. Und auch möglich, denn es gibt einen konkreten und einstimmigen Vorschlag des Bundesrates, das GVFG-Bundesprogramm mit jährlich 330 Millionen Euro bis 2025 zu verlängern. Dem müssen Bundestag und Bundesregierung zeitnah zustimmen, dann haben wir zumindest beim diesem wichtigen Finanzierungsinstrument endlich Gewissheit“, sagt Fenske.

Weitere Belastung durch die Energiewende vermeiden

Den Plänen der aktuellen Bundesregierung, wonach die Schienenbahnen in Deutschland bei der EEG-Umlage um 230 Millionen Euro jährlich zusätzlich belastet werden sollen, erteilt der VDV eine deutliche Absage. Jürgen Fenske dazu: „Wir unterstützen die Energiewende und sind auch der Meinung, dass Strom in Deutschland bezahlbar bleiben muss. Aber nicht auf Kosten unserer Fahrgäste und Unternehmen. Wenn die Schienenbahnen jährlich 230 Millionen Euro zusätzlich zahlen sollen, dann steigen die Ticketpreise deutlich. Die ÖPNV-Kunden zahlen dann jährlich 30 bis 40 Euro mehr für ihr Ticket, während sie gleichzeitig beim Strompreis nur drei bis fünf Euro im Jahr sparen. Diese Rechnung geht nicht auf, das muss auch der neuen Bundesregierung klar sein. An dieser Stelle darf es keine politischen Alleingänge zugunsten oder Ungunsten einzelner Branchen geben. Die Energiewende und deren Finanzierung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“

Mehr Geld für die Infrastruktur bereitstellen

Auch bei der künftigen Infrastrukturfinanzierung sieht der Verband die Bundesregierung in der Verantwortung. Die heutigen Mittel reichen bei weitem nicht, um den angefallenen Sanierungsbedarf deutschlandweit zu decken. Die Daehre-Kommission hatte in ihrem Bericht zusätzliche Mittel von jährlich 7,2 Milliarden Euro über die nächste 15 Jahre veranschlagt, nur für Instandsetzung und Sanierung der Verkehrswege. Zwei Milliarden davon benötigen das deutsche Schienennetz und der kommunale ÖPNV zusätzlich. „Die Relevanz dieser Thematik ist partei- und ressortübergreifend in der Politik angekommen, das ist auch ein Verdienst der Daehre-Kommission. Nun wird die neue Kommission unter Leitung von Herrn Bodewig zeitnah konkrete Vorschläge für die Finanzierung dieses zusätzlichen Bedarfs erarbeiten. Wichtig ist, dass diese Ergebnisse dann in einem breiten Konsens zwischen Bund und Ländern sehr zeitnah umgesetzt werden, denn auch bei der Infrastruktursanierung ist Eile geboten und auch dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, um die Position Deutschlands als einen der wichtigsten Wirtschaftsstandorte weltweit zu sichern“, so Fenske.

Erfolg des Nahverkehrs hat Konsequenzen und erfordert Lösungen

Die diesjährige Bundestagswahl ist aus Sicht des VDV ein entscheidendes Datum, denn viele Probleme und Aufgaben, vor allem im Bereich der Finanzierung, haben sich über Jahre angestaut und müssen nun zeitnah durch Bund und Länder in Angriff genommen werden. „Die neue Bundesregierung muss für unsere Branche richtungsweisende Entscheidungen treffen, und das zeitnah. Bei einigen Themen bleibt eigentlich nicht mal die Zeit, um sich einzuarbeiten, es müssen Lösungen her, wenn der deutsche ÖPNV auch künftig weiter erfolgreich wachsen und seinen Beitrag zu Klima- und Umweltzielen leisten soll“, erklärt Fenske.

Neben den genannten Aufgaben gibt es zahlreiche weitere Punkte, die die Bundesregierung in der kommenden Legislaturperiode angehen muss: Die Revision der Regionalisierungsmittel im Jahr 2014, eine neue Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit der Deutschen Bahn, die Weiterführung der Finanzierung nichtbundeseigener Eisenbahninfrastruktur, die Anhebung des Erhöhten Beförderungsentgeltes von 40 auf 60 Euro, das Eisenbahnregulierungsgesetz, usw. „Unsere Branche steht gut da: Seit Jahren steigen die Fahrgastzahlen und die Güterverkehre, die Unternehmen arbeiten immer wirtschaftlicher und effizienter und das Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung wächst. Wir erwarten, dass die neue Bundesregierung durch entsprechende Entscheidungen die gesetzlich und finanziell notwendigen Rahmenbedingungen für einen zukunftsfähigen und leistungsstarken ÖPNV und Schienengüterverkehr schafft“, so Fenske abschließend.

Im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) sind rund 600 Unternehmen des Öffentlichen Personenverkehrs und des Schienengüterverkehrs organisiert. Täglich ersetzen Busse und Bahnen über 18 Millionen Autofahrten und 77.000 voll beladene Lkw. So sorgen der VDV und seine Mitgliedsunternehmen dafür, dass Deutschland nachhaltig mobil bleibt!